

Walter Schmidt

Die deutsche Hauptstadt-Diskussion in der Revolution von 1848/49¹

Die Hauptstadtfrage² war in der deutschen Geschichte³ - mit Ausnahme des Deutschen Reiches von 1871 bis 1945 - eine permanent problematische, strittige, verworrene, unklare Angelegenheit.

1 Bearbeiteter und mit Anmerkungen vershener Vortrag, gehalten am 17. Dezember 1992 in der Interessengemeinschaft "Freunde und Mitglieder der Leibniz-Akademie" Berlin, aus der die am 15. April 1993 konstituierte "Leibniz-Sozietät e. V." hervorging. Der Vortrag erschien in leicht veränderter Fassung in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 35, 1993, Heft 2, S. 3 - 23.

2 Hauptstadtforshung war in der DDR-Geschichtswissenschaft bis in die 80er Jahre kein Thema. Erst im Umfeld des 750. Berlin-Jubiläums wurde die Hauptstadtfrage, allerdings zumeist auf Berlin bezogen, zaghaft aufgegriffen. Vgl. v.a. die Beiträge auf der zentralen Berlin-Konferenz vom Februar 1987 in: ZfG, 1987, Heft 6, 7 und 8, sowie die von der Hansischen Arbeitsgemeinschaft und der Fachkommission Stadtgeschichte der Historiker-Gesellschaft veranstaltete weiter ausgreifende Konferenz: Residenz - Hauptstadt - Metropole. Zur politischen, ökonomischen und kulturellen Mittelpunktbildung im Mittelalter und in der frühen Neuzeit, im Herbst 1987 in Berlin. In: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR (im folgenden: WMHG), II-III/1988, S.7 ff. - Ingo Materna u.a.: Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945, Berlin 1987. - Gerhard Keiderling: Berlin 1945 - 1986. Geschichte der Hauptstadt der DDR, Berlin 1987. - Jörg Roesler: Die Entwicklung der Hauptstädte der europäischen RGW-Länder als nationale Industriezentren vom Vorabend des zweiten Weltkriegs bis zum Ende der sechziger Jahre. In: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 33, Berlin 1989, S. 165 ff. - Ders.: Die Entwicklung Berlins als industrielles Zentrum in der sozialistischen DDR. In: ZfG, 35, 1987, H. 6, S. 531 ff.

Die Historiographie der Bundesrepublik beschäftigte sich dagegen seit den frühen 50er Jahren intensiv mit der Hauptstadtproblematik, wobei vor allem das Schicksal Berlins nach 1945, aber auch die Kontroversen um die Hauptstadtfrage in der BRD den politischen Hintergrund bildeten. Vgl. dazu u.a.: Das Hauptstadtproblem in der Geschichte. Festgabe zum 90. Geburtstag von Friedrich Meinecke. Jahrbuch der Geschichte des deutschen Ostens, I, Tübingen 1952. - Hans Herzfeld: Berlin als deutsche Hauptstadt im Wandel der Geschichte. In: Schicksalsfragen der Gegenwart, Bd. IV, Tübingen 1961. - Hans Rothfels (Hrsg.): Berlin in Vergangenheit und Gegenwart, Tübingen 1961. - E. Maske / J. Sydow (Hrsg.): Die Residenzstadt in Südwestdeutschland. In: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte, 25/1966. - Edith Ennen / Manfred van Rey (Hrsg.): Probleme der frühneuzeitlichen Stadt, vorzüglich der Haupt- und Residenzstädte. In: Westfälische Forschungen, 25/1973. - F. Meynen (Hrsg.): Zentralität als Problem der mittelalterlichen Stadtgeschichtsforschung, Köln-Wien 1979. - Gernot Peppler: Ursachen sowie politische und wirtschaftliche Folgen der Streuung hauptstädtischer Zentralfunktionen im Raum der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M 1977. - Alfred Wendehorst / Jürgen Schneider (Hrsg.): Hauptstädte. Entstehung, Struktur und Funktion, Neustadt an der Aisch 1979. - Theodor Schieder / Gerhard Brunn (Hrsg.): Hauptstädte in europäischen Nationalstaaten, München 1983. - Wolfgang Ribbe (Hrsg.): Geschichte Berlins, Bd. 1 und 2, München 1987. - Wolfgang Ribbe / Jürgen Schmäddecke (Hrsg.): Berlin im Europa der Neuzeit. Ein Tagungsbericht, Berlin 1990.

Das Mittelalter, genauer das Halbjahrtausend zwischen 10. und 15. Jh. kannte - auch in anderen Ländern - im Unterschied zum Altertum keine wirkliche Hauptstadt, trotz deutscher Königsmacht und römischer Kaiserwürde⁴. Es gab höchstens Zentralorte wie Aachen, das seit Karl dem Großen als Kaiserstadt galt, oder Magdeburg, das Otto I. in Konkurrenz zu Aachen zur Residenz auszubauen sich mühte, oder Frankfurt am Main, das Wahl- und seit 1562 - nach Aachen - auch Krönungsort der Kaiser wurde.⁵ Wichtiger waren Regionen, in denen das Königtum sich durch Landbesitz und Anlegung von Königshöfen, Burgen und Pfalzen eine territoriale Machtbasis zu schaffen suchte; so etwa die Ottonen im östlichen Harzvorland, dem Gebiet zwischen Harz und Elbe, Saale und Mulde, das als "Kernlandschaft des frühmittelalterlichen deutschen Reiches" gilt, was von der Landesgeschichtsschreibung heute zur Gewinnung einer eigenen Landesidentität Sachsen-Anhalts reklamiert wird.⁶

Die Könige und Kaiser in diesem Halbjahrtausend hatten keinen festen Sitz, sondern waren und regierten gewissermaßen auf Reisen.⁷ Diese "Reiseherrschaft" (Edith Ennen) war Goethe in seiner Abneigung gegen Hauptstädte so sympathisch, daß er sie in "Wilhelm Meisters Wanderjahren" sogar zum Merkmal freier Staaten erklären läßt: "Fragt man nach der höhern Obrigkeit, die alles lenkt, so findet man sie niemals an *einem* Orte. Sie zieht beständig umher, um Gleichheit in den Hauptsachen zu erhalten und in läßlichen Dingen einem jeden seinen Willen zu gestatten. Ist dies doch schon einmal im Lauf der Geschichte dagewesen. Die deutschen Kaiser zogen um-

3 Dazu: Hermann Heimpel: Hauptstädte Deutschlands. In: Deutsches Mittelalter, 1941, S. 144 ff. - Alfred Wendehorst: Das Hauptstadtproblem in der deutschen Geschichte. In: Wendehorst / Schneider: Hauptstädte, S.83 ff. - Eberhard Faden: Berlin - Hauptstadt - seit wann und wodurch? Eine notwendige Klarstellung. In: Jahrbuch für Brandenburgische Landesgeschichte, Bd. 1, Berlin 1950, S. 17 ff. - Hans Rothfels: Von der brandenburgischen über die preußische zur deutschen Hauptstadt. In: Ders.: Berlin in Vergangenheit und Gegenwart, S. 1 ff. - Bodo-Michael Baumunk und Gerhard Brunn: Hauptstadt: Zentren, Residenzen, Metropolen in der deutschen Geschichte (Katalog der Ausstellung in Bonn, 19. Mai - 20. August 1989), Köln 1989; darin S. 19 - 24; Brunn: Die Deutschen und ihre Hauptstadt. - Bodo-Michael Baumunk: "Hauptstadt, aber wo liegt sie?". In: Zeit-Punkte, 1992, Nr. 2 (aus: "Die Zeit", Nr. 29, v. 13. 7. 1990) - Die Hauptstädte der Deutschen. Von der Kaiserpfalz in Aachen zum Regierungssitz in Berlin, München 1993.

4 Vgl. Wilhelm Berges: Das Reich ohne Hauptstadt. In: Das Hauptstadtproblem, S. 1 ff. - Edith Ennen: Funktions- und Bedeutungswandel der "Hauptstadt" vom Mittelalter zur Moderne. In: Schieder / Brunn: Hauptstädte, S. 155 ff.

5 Zu dieser Problematik vgl. Aloys Schulte: Anläufe zu einer festen Residenz der deutschen Könige im Hochmittelalter. In: Historisches Jahrbuch, 55, 1935, S. 131 ff.

6 Vgl. H.-J. Bartmuß / H. Kathe: Kleine Geschichte Sachsen-Anhalts. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Halle 1992, S. 8, 20 ff.

7 Hans Conrad Peyer: Das Reisekönigtum des Mittelalters. In: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 51, 1964, S. 1 ff.

her, und diese Einrichtung ist dem Sinne freier Staaten am allergemähesten. Wir fürchten uns vor einer Hauptstadt, ob wir schon den Punkt in unseren Besitzungen sehen, wo sich die größte Anzahl von Menschen zusammenhalten wird."⁸ Die Fixierung als Wahlkönigtum durch die Goldene Bulle von 1356 hat diesen Zustand gleichsam konserviert. Auch die schließliche Bindung der Kaiserwürde an die Habsburger hat nicht dazu geführt, daß eine deutsche Stadt sich den Rang einer unumstrittenen "Reichs"-hauptstadt eroberte und so gleichsam als Kapitale eines künftigen Nationalstaats präfiguriert wurde.

Hauptstädte sind - in der europäischen Geschichte - ein Produkt der Neuzeit, also der Zeit seit dem 15. Jh.. Sie entstanden mit den politisch-staatlichen Zentralisationen, denen - in der ersten Periode noch unter feudalen Herrschaftsverhältnissen - "in letzter Instanz" das Aufkommen und die Ausbreitung bürgerlich-kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsbeziehungen zugrunde lagen. Erst mit dem Aufbau einer zunehmend einheitlicher gestalteten Verwaltung mit dem dazugehörigen Beamtenapparat entwickelten sich die Sitze der jeweiligen Fürsten, die Residenzen von Fürstentümern oder Monarchien zu Zentren der Landesverwaltung und damit sukzessive zu Landeshauptstädten.⁹ "Die europäischen Metropolen", konstatiert Theodor Schieder richtig, "sind durchweg fürstlich-dynastische Gründungen, Residenzen", "in aller Regel aus den Residenzen der Monarchien hervorgegangen".¹⁰ Hauptstadt bedeutet immer politische Hauptstadt, staatliche Verwaltungszentrale, in der also die zentralen Institutionen eines Staates konzentriert sind.¹¹ Diese Funktion war und ist das eigentlich entscheidende Merkmal von Hauptstadt.

8 Johann Wolfgang Goethe: Poetische Werke, Bd. 11, Berlin 1972, S. 429 f. - Vgl. auch Goethes Bemerkung über die Nachteile einer einzigen deutschen Kapitale im Gespräch mit Eckermann am 23. 10. 1828. In: Goethes Gespräche mit Eckermann, Berlin 1955, S. 434 ff.

9 Vgl. Agnes Ságvári: Stadien der europäischen Hauptstadtentwicklung und die Rolle der Hauptstädte als Nationalrepräsentanten. In: Schieder / Brunn: Hauptstädte, S. 168 f. S. unterscheidet zwei Epochen der Entstehung von Hauptstädten in Europa: die Zeit vom 15. - 17. Jh., wobei das 17. Jh. (Absolutismus-Genesis) einen besonderen Höhepunkt bildet, und das 19. und beginnende 20. Jh., in dem Nationalbewegungen zum Durchbruch und vorläufigen Abschluß kamen. Der Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens und die postsocialistischen Konstituierungen zahlreicher selbständiger Nationalstaaten scheinen einen nächsten, dritten Schub zu bringen, wobei es sich freilich durchweg nicht um "Neugründungen oder -berufungen", sondern um schon deutlich vorgebildete, bereits als politische Zentren fungierende Hauptstädte handelt.

10 Theodor Schieder: Einige Probleme der Hauptstadtforschung. In: Schieder / Brunn: Hauptstädte, S.3 und 1.

11 Zur Bestimmung des Typs der Hauptstadt vgl. Schieder: Einige Probleme der Hauptstadtforschung, S.1 ff. - Karl Hammer: Paris als exemplarische Hauptstadt. In: Schieder / Brunn: Hauptstädte, S. 149. - Ennen: Funktions- und Bedeutungswandel, S. 154 ff., 162 f. - Ságvári: Stadien, S. 165, 167. Übereinstimmend wird als ausschlaggebend für den Charakter einer Hauptstadt deren politische Funktion als Landeszentrum bezeichnet.

Die entscheidende Phase der Ausbildung von Hauptstädten liegt in Europa in der Zeit des Absolutismus. Vom 15. - 17. Jh. fielen in den meisten Ländern zumindest die Vorentscheidungen, wenn nicht gar schon die eigentlichen Entscheidungen über die Hauptstädte von Staaten. In Westeuropa, wo der Ausbau "in großen, wesentlich auf Nationalität basierenden Monarchien" erfolgte (wie Engels es formulierte),¹² wurde im 17. und 18. Jh. auch bereits Klarheit geschaffen über die Kapitalen künftiger bürgerlicher Nationalstaaten. Die bürgerlichen Revolutionen bestätigten hier nur historisch bereits gefallene Entscheidungen. Paris und London waren als politische Zentren bereits seit dem 15. Jh. anerkannt und wurden als Hauptstädte fortan nicht mehr in Zweifel gezogen.¹³ In Spanien hatte sich unter dem Absolutismus Madrid durchgesetzt, in Rußland die Petrinische Neugründung Petersburg, ohne daß Moskau seine besondere Stellung ganz verlor und daher für das 18. und 19. Jh. von zwei russischen Hauptstädten die Rede ist,¹⁴ in Schweden Stockholm, in Dänemark Kopenhagen.¹⁵

In Italien, das wie Deutschland staatlich zersplittert war, nahm Rom wegen seiner mächtigen antiken Tradition als Zentrum des Imperium Romanum und später, im Mittelalter als Zentrale der katholischen Weltkirche gegenüber allen anderen territorialstaatlichen Kapitalen eine herausgehobene, für eine Nationalhauptstadt geradezu prädestinierte Stellung ein. "Die historischen kulturellen und religiösen Dimensionen Roms haben sein Risorgimento zur Hauptstadt Italiens hervorgebracht."¹⁶ Die im Risorgimento von Mazzini, Gioberti und Garibaldi vehement auf den Schild gehobene Roma-capitale-Idee ließ keine andere Lösung zu. Wie in Deutschland in den sechziger Jahren des 19. Jh. die Hauptstadt Preußens zur deutschen Hauptstadt wurde, so war auch in Italien der Regierungs- und Parlamentssitz des sich seit 1859 konstituierenden Nationalstaats verständlicherweise zunächst in Turin, der Kapitale Piemonts, des führenden Staates im Einigungsprozeß angesiedelt. Anders als in Deutschland aber verblieb er dort nicht, sondern wurde bereits

12 Friedrich Engels: Dialektik der Natur. In: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 20, S. 311.

13 Vgl. Ságvári: Stadien, S. 168. - Hammer: Paris, S. 135 ff. - Gustav Roloff: Hauptstadt und Staat in Frankreich. In: Das Hauptstadtproblem, S. 249 ff. - Paul Kluge: Das englische Hauptstadtproblem in der Neuzeit. In: Ebenda, S. 267 ff.

14 Vgl. Hans Lemberg: Moskau und St. Petersburg. Die Frage der Nationalhauptstadt in Rußland. Eine Skizze. In: Schieder / Brunn: Hauptstädte, S. 103 ff. - Joseph Schütz: Rußlands Hauptstädte. In: Wendehorst / Schneider: Hauptstädte, S. 107 ff. - Conrad Grau: Zur Hauptstadtentwicklung in Rußland: Kiev - Moskau - Petersburg. In: WMHG, II-III/1988, S. 44 ff.

15 Vgl. Robert Sandberg: Stockholm wird Hauptstadt. Die Entwicklung Stockholms 1600-1650. In: WMHG, II-III/1988, S. 50 ff. - Thomas Riis: Vom Reisekönigtum zur absolutistischen Hauptstadt. Das Beispiel Dänemarks seit dem 15. Jahrhundert. In: Ebenda, S. 57 ff.

16 Rudolf Lill: Hauptstadtprobleme im modernen Italien. In: Schieder / Brunn: Hauptstädte, S. 71 ff.

1865 nach Florenz verlegt. Aber auch dies war nur ein Provisorium. Als sich im Gefolge des deutsch-französischen Krieges 1870/71 die französische Besatzung aus Rom zurückziehen mußte, der selbständige Kirchenstaat liquidiert und so 1870 die nationale Einigung Italiens vollendet werden konnte, da war die Erhebung Roms zur Hauptstadt des italienischen Nationalstaats eine Selbstverständlichkeit.

In Deutschland gab es im 19. Jahrhundert keine vergleichsweise so unbestrittene nationale Metropole, wie es Rom für Italien war. Wie in Italien war auch in Deutschland eine Vielzahl von gleichberechtigt nebeneinander existierenden Residenzen entstanden, die in den deutschen Klein- und Mittelstaaten beim Übergang zum zentralisierten Verwaltungsstaat für ihr Land durchaus Hauptstadtcharakter annahmen. Wie Wien für die Habsburger Monarchie und Berlin für Preußen, so waren Dresden im Königreich Sachsen, München für Bayern,¹⁷ Stuttgart für Württemberg und Karlsruhe für Baden etc. unumstrittene Landeszentralen. Wien und Berlin nahmen als Hauptstädte der beiden größten und um die Hegemonie im Reich rivalisierenden deutschen Staaten zwar eine Sonderstellung ein, doch galten sie beide im öffentlichen Bewußtsein im 18. und 19. Jh. mitnichten von vornherein als wichtigste Anwärter für die Hauptstadt der angestrebten nationalstaatlichen Vereinigung, eines auf bürgerlichen Grundlagen erneuerten deutschen Reiches. Wien, wo bis 1806 die Habsburger als Kaiser residierten, mag zunächst noch eher denkbar gewesen sein; Berlin stand am Anfang des 19. Jahrhunderts noch außer jeder Diskussion.

Da sich das Schwergewicht der geschichtlichen Entwicklung in Deutschland seit dem 15./16. Jh. vom Reich endgültig in die Territorialstaaten verlagerte und auch die bestehenbleibenden, aber immer machtloser werdenden Reichs-Institutionen nicht an einem Ort konzentriert, sondern auf mehrere Städte verteilt waren, hatte keiner dieser Orte die Chance, historisch in den Rang einer Reichshauptstadt hineinzuwachsen. Karl Otmar von Aretin bezeichnete diese Situation treffend als "Multizentralität der Hauptstadtfunktionen".¹⁸ In *Wien* residierte der Kaiser des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, sofern nicht - was die Ausnahme war - ein Nicht-Habsburger gewählt wurde, und hatten die Reichskanzlei und der Reichshofrat ihren Sitz. Zwar wurde der Kaisersitz zur Hauptstadt der habsburgischen Großmacht (und nach 1918 Österreichs)¹⁹, nicht aber zur anerkannten Reichszentrale. Auch *Regensburg*, seit 1663 als Sitz des Immerwährenden Reichstags, der zentralen Ver-

17 Vgl. Karl Otmar v. Aretin: München. Residenz-Hauptstadt-Metropole. In: WMHG, II-III/1988, S. 27 ff.

18 v. Aretin: Das Reich ohne Hauptstadt? Die Multizentralität der Hauptstadtfunktionen im Reich bis 1806. In: Schieder / Brunn: Hauptstädte, S. 5 ff.

19 Vgl. Adam Wandruszka: Wien - Hauptstadt eines Großreiches und eines Kleinstaats. In: Schieder / Brunn: Hauptstädte, S. 113 ff.

tretung aller Reichsstände, nach Wien institutionell wohl am stärksten mit Hauptstadtfunktionen versehen, vermochte keine herausgehobene Stellung zu gewinnen. Noch weniger war dies von *Wetzlar*, dem Sitz des Reichskammergerichts, zu erwarten. Die Krönungsstadt *Frankfurt* schließlich, in die jeder neugewählte Kaiser zu diesem Akt mußte (für viele von ihnen war dies der einzige Besuch dieser Stadt), wo aber auch Wahlkonvente abgehalten wurden, hatte sonst keinerlei institutionalisierte Reichsfunktionen und schied deshalb als mögliche Reichshauptstadt aus. Deutschland "hat bis 1804/06 seine Kaiserresidenz Wien, glanzvoll anziehend, musisch, es hat München, Kassel, Heidelberg, Detmold, Bückeburg, Oldenburg, Wolfenbüttel, Gotha, Weimar, Dresden - es hat diese und viele andere Residenzen, aber es hat keine Mitte, kein schlagendes Herz, keine Hauptstadt."²⁰

Die Großen des deutschen Geisteslebens vom 17. bis 19. Jh. hatten zu dem Deutschland ohne wirkliche Hauptstadt eine durchaus zwiespältige Haltung.²¹ Pufendorf und Leibniz, aber auch Lessing haben das Fehlen *einer*, mit Paris und London vergleichbaren, deutschen Kapitale wiederholt beklagt. Auch Wieland, Herder und Goethe wußten um den Vorzug eines einzigen politischen und kulturellen Zentrums. Aber sie haben wie Schiller wesentlich stärker die Nachteile einer solchen Zentralisation benannt und im Gegensatz dazu die deutsche Mehrstaatlichkeit mit ihren zahlreichen Residenzen als einen großen Vorteil für die Vielgestaltigkeit und den Reichtum von Kultur und Wissenschaft in Deutschland positiv empfunden und bewertet.

Als im Gefolge der Französischen Revolution von 1789 an der Wende vom 18. zum 19. Jh. die bürgerliche Umgestaltung einsetzte und damit auch der Nationalstaat Ziel immer stärker werdender gesellschaftlicher Bestrebungen wurde, sich eine Nationalbewegung entwickelte, besaß Deutschland daher keinen historisch gewachsenen Ort, der als nationales Integrationszentrum hätte fungieren können. Die Hauptstadtfrage war in jeder Hinsicht offen. Dies um so mehr, als 1806 das Reich aufgelöst wurde und damit auch die auf verschiedene Orte verteilten Hauptstadtfunktionen, die sogenannte Multizentralität, hinfällig wurde. Nachgewirkt haben die Reichstraditionen in der Hauptstadtfrage jedoch. Außer Wien brachten sich, als die Dinge 1848 erstmals wirklich aktuell wurden, alle anderen infrage kommenden Orte unter Berufung auf ihre Stellung im Alten Reich sofort ins Gespräch.

In der ersten Hälfte des 19. Jh. vollzogen sich in der deutschen Hauptstadtproblematik zwei wesentliche Veränderungen. *Erstens* erfolgte ein deutlicher Aufstieg Berlins. Während Wien seinen Glanz als Kaiserstadt und bedeutendes Kulturzentrum bewahrte, aber seinen Einfluß auf die sich entfaltende Nationalbewegung nicht ausbauen konnte, vermochte sich Berlin gerade in

20 Berges: Das Reich ohne Hauptstadt, S. 27.

21 Vgl. dazu den informativen Überblick von Faden: Berlin - Hauptstadt, S. 18 ff.

dieser Beziehung beträchtlich nach vorn zu schieben.²² Die bürgerlichen Reformen, die Preußen in eine führende Stellung in der nationalen Unabhängigkeitsbewegung brachten²³ und bereits auf seinen *nationalen* Hegemonieanspruch aufmerksam machten, hoben auch Berlins Position. Auch durch die kräftige wirtschaftliche Entwicklung gewann die Stadt an der Spree deutlich an Gewicht.²⁴ Noch mehr aber wurde sie als ein Zentrum der Aufklärung und Romantik und dank der neugegründeten Universität auch als Metropole der Wissenschaft und des Geisteslebens zu einem nationalen Integrationspunkt. Nicht nur wegen der politischen Macht der Hohenzollern, die hier angesiedelt war, war Berlin in den Auseinandersetzungen um eine deutsche Nationalhauptstadt fortan ernst zu nehmen. In dem Maße, wie der bürgerliche Fortschritt in Wirtschaft, Sozialleben, Politik und Kultur Preußen erneuerte, auch seinen Charakter als deutschen Staat weiter ausprägte und Berlin selbst führend in diese Entwicklung einbezogen war, wuchsen seine objektiven Voraussetzungen, um Nationalhauptstadt zu werden. Es gab in den vierziger Jahren gewiß schon vieles, was auf eine nationale Funktion Berlins hindeuten mochte; eine historische Zwangsläufigkeit gab es gleichwohl nicht.²⁵ Es fällt vielmehr auf, daß die öffentliche politische Debatte um das nationalpolitische Zentrum bis 1848/49 um Berlin einen Bogen machte. Die Spreemetropole blieb zunächst ganz am Rande, geradezu unbachtet, nicht zuletzt wohl auch wegen mancher liberaler und demokratischer Vorbehalte, die Preußen gegenüber wegen reaktionärer Haltungen geltend gemacht wurden.

Zweitens erwarb sich im Vormärz mit Frankfurt eine bislang nahezu chancenlose Stadt eine Anwartschaft auf die künftige politische Nationalrepräsentation. Gegenüber allen anderen Städten mit alten Reichstraditionen gewann sie bis 1848 einen deutlichen Vorsprung. Die Entscheidung von 1815, gegen die bayerischen Städte Nürnberg oder Regensburg das zur Freien Stadt er-

22 Vgl. Brunn: Die deutsche Einigungsbewegung und der Aufstieg Berlins zur deutschen Hauptstadt. In: Schieder / Brunn: Hauptstädte, S. 15 ff. - Richard Dietrich: Von der Residenzstadt zur Weltstadt. Berlin von Anfang des 19. Jahrhunderts bis zur Reichsgründung. In: Das Hauptstadtproblem, S. 111 ff. - Faden: Berlin-Hauptstadt, S. 23 ff. - Rothfels: Von der brandenburgischen zur deutschen Hauptstadt, S. 7 ff. - Horst Möller: Die politische und kulturelle Rolle Berlins von der Aufklärung bis zur Reichsgründung. In: Ribbe / Schmädcke: Berlin im Europa der Neuzeit, S.55 ff. - Walter Schmidt: Berlin in der bürgerlichen Umwälzung. Von der feudalen preußischen Residenz zur kapitalistischen Hauptstadt des deutschen Reiches. In: ZfG, 35, 1987, H. 6, S. 508 ff.

23 Hagen Schulze: Berlins Rolle in den Kriegen gegen Napoleon. In: Ribbe / Schmädcke: Berlin im Europa der Neuzeit, S. 75 ff.

24 Ilja Micok: Berlin als deutsches und europäisches Wirtschaftszentrum. In: Ribbe / Schmädcke: Berlin im Europa der Neuzeit, S. 121 ff.

25 Vgl. dazu Rothfels' Ausführungen zu den drei Alternativen im 19. Jh. (Weimar-Berlin, Wien-Berlin und Frankfurt-Berlin) in: Rothfels: Von der brandenburgischen zur deutschen Hauptstadt, S. 7 f., und die Auseinandersetzung Brunns mit Herzfelds und Rothfels' zu stark auf Berlin fixierter Sicht in: Brunn: Die deutsche Einigungsbewegung, S. 16 ff.

hobene Frankfurt zum Sitz des Bundestages des neugebildeten Deutschen Bundes zu machen,²⁶ schuf ohne Frage neue Tatsachen, gab den alten Reichstraditionen als Wahlort und Krönungsstadt der deutschen Kaiser eine neue "materielle Basis" und ließ Frankfurt bis zur Revolution auch in den Debatten um den politischen Zentralpunkt des herbeigesehnten deutschen Einheitsstaats weit nach vorn rücken.

Wirklich akut wurde die Hauptstadtfrage allerdings erst mit dem Ausbruch der Revolution im Februar/März 1848 und den Wahlen zu einem konstituierenden Nationalparlament. Die Gründung eines neuen deutschen Reiches als demokratisch-parlamentarisch konstituierter Nationalstaat schien in greifbare Nähe zu rücken. Wollte man, wonach damals alle politisch progressiven Kräfte strebten, einen einheitlichen deutschen Nationalstaat aus der Taufe heben, dann mußte man sich auch über dessen politisch-administratives Zentrum Gedanken machen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß unmittelbar nach den Märzsiegen, noch vor den Wahlen zur Nationalversammlung, in Zeitungen und Flugschriften eine öffentliche Diskussion um die künftige Hauptstadt Deutschlands einsetzte. Seit Anfang April war die deutsche Hauptstadt ein Thema, das zwar nie ins Zentrum der politischen Auseinandersetzungen gelangte, gleichwohl deutlich artikuliert und heftig und kontrovers öffentlich erörtert wurde.

Die Metropolen der beiden rivalisierenden deutschen Großmächte Österreich und Preußen - Wien und Berlin - wurden in diesen Debatten um den Regierungs- und Parlamentssitz eines einheitlichen deutschen Staates anfangs überhaupt nicht ins Auge gefaßt.²⁷ Als größter Favorit erschien zunächst Frankfurt am Main.²⁸ Die Mainmetropole hatte gegenüber anderen deutschen Städten einen deutlichen Bonus. Sie war *erstens*, wie bereits erwähnt, seit mehr als drei Jahrzehnten Sitz des Deutschen Bundestages. Aber für Frankfurt schlug nicht nur diese politisch-administrative Präfiguration zu Buche. Frankfurt galt *zweitens* in der politischen Öffentlichkeit vor allem als der Vorort des "dritten Deutschland". Die Stadt unterstand *drittens* - was für besonders wichtig gehalten wurde - keiner landesherrlichen Hoheit; sie war ja

26 Vgl. Richard Schwemer: Geschichte der Freien Stadt Frankfurt a.M. (1814-1866), Bd. 1, Frankfurt a.M. 1910, S. 101 ff., insb. S. 156 f. und 384 ff.

27 Die folgenden Darlegungen über die Hauptstadtdebatte in der Revolution sind eine Zusammenfassung der Forschungsergebnisse in meinem Beitrag: Erfurt in der deutschen Hauptstadt-Diskussion 1848-50. Der Verein für die Verlegung des deutschen Parlaments nach Erfurt. In: Ulman Weiß (Hrsg.): Erfurt - Geschichte und Gegenwart. (Schriften des Vereins für die Geschichte und Altertumskunde von Erfurt, Bd. 2) Weimar 1995.

28 Vgl. zum folgenden auch: Brunn: Die deutsche Einigungsbewegung, S. 17 ff. - Lothar Gall: Frankfurt als deutsche Hauptstadt? In: Dieter Simon (Hrsg.): Akten des 26. Deutschen Rechtshistorikertages, Frankfurt a.M. 1987, S. 11 ff. - Hermann Meinert: Frankfurt und Berlin im Zeichen der Paulskirche. In: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde, Neue Folge, Bd. 28, 1963, S. 417 ff.

gerade wegen des Bundestagssitzes 1815 zur Freien Stadt erhoben worden. Frankfurt verfügte *viertens* als Krönungsstadt deutscher Kaiser seit 1562 über bemerkenswerte historische Traditionen. Zugute kam der Stadt in den Augen der Liberalen *fünftens* schließlich die auffallende ökonomische Zurückgebliebenheit. Die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft waren in der Stadt noch kaum spürbar, so daß man weniger Gefahr sah, daß hier ein das Parlament unter Druck setzendes radikales Zentrum entstehen könnte.

Als die noch vom Bundestag eingesetzte Kommission von 17 Vertrauensmännern, durchweg gemäßigte Liberale, sich im April 1848 an die Ausarbeitung einer reformierten Bundesverfassung machte, legte sie im § 6 des Verfassungsentwurfs wie selbstverständlich Frankfurt als Residenzort des Reichsoberhauptes fest.²⁹ Dahlmann, der für den Vorentwurf vor allem verantwortlich zeichnete, begründete in der Debatte der Kommission diesen Vorschlag damit, daß gegen die bisherigen Zentren gerade mit einer neuen Hauptstadt ein deutliches und symbolträchtiges Zeichen für einen Neuanfang gesetzt werden müsse: "Es gelte namentlich, das künftige Haupt weder in Wien, noch Berlin, noch München sein zu lassen, sondern bildlich und eindringlich zu zeigen, daß ein neues Leben angefangen werden müsse."

Es nimmt daher auch nicht wunder, daß der von der Heidelberger Versammlung der 51 ernannte Siebenausschuß die Vertreter von Ständeversammlungen und Parlamenten der Einzelstaaten sowie Männer des Vertrauens zu einem Vorparlament eben nach Frankfurt einlud und vom Vorparlament wiederum ganz selbstverständlich Frankfurt zum Tagungsort des deutschen Nationalparlaments auserkoren wurde. Auf diese Weise wurde Frankfurt 1848/49 als der Vorort der gesamtdeutschen parlamentarisch institutionalisierten Revolution tatsächlich zu einem nationalen Zentrum. Ob Frankfurt bei einem Sieg der Revolution dann auch zwangsläufig Hauptstadt geworden wäre,³⁰ läßt sich allerdings nicht ohne weiteres bejahen. Und zwar nicht nur deshalb, weil Berlin, falls es mit der von den Liberalen favorisierten kleindeutschen Lösung unter preußischer Führung ernst werden sollte, sicherlich nicht ganz zu umgehen war.

Berlin gehörte indes nicht zu den offiziellen Konkurrenten Frankfurts, sondern blieb, wenn man so will, ganz im Wartestand und wurde von niemand direkt vorgeschlagen. Andere Städte, die geographisch günstiger als Frankfurt lagen, begannen jedoch schon im Frühjahr 1848 Ansprüche auf die spätere Reichszentrale geltend zu machen. Ins Gespräch brachten sich in der

29 Vgl. Rudolf Hübner (Hrsg.): Aktenstücke und Aufzeichnungen zur Geschichte der Frankfurter Nationalversammlung aus dem Nachlaß von Johann Gustav Droysen, Stuttgart, Berlin und Leipzig 1924, S. 54 f., 98.

30 Wolf-Arno Kropat: Frankfurt zwischen Provinzialismus und Nationalismus. Die Eingliederung der "Freien Stadt" in den preußischen Staat (1866-1871), Frankfurt a.M. 1971, S. 12. - Gall: Frankfurt, S. 12.

Ende März/Anfang April einsetzenden Hauptstadtdiskussion zunächst vor allem süddeutsche Städte wie Bamberg oder Nürnberg. Dagegen schlug Anfang April ein Leipziger Korrespondent vor, Prag den Vorrang zu geben, um so die "slawisch-deutschen Brüder" ins neue deutsche Reich besser integrieren zu können.³¹

Kurz darauf kam Erfurt ins Spiel, das zum wohl ernsthaftesten Konkurrenten Frankfurts wurde. Zu seinem engagiertesten Befürworter wurde der Heidelberger Staatsrechtler Leopold Friedrich Ilse, Historikern der frühen Arbeiterbewegung wohl bekannt als Editor der Hauptberichte der Frankfurter Bundeszentralbehörde über die deutsche revolutionäre Bewegung des Vormärz, durch die wichtige Quellen zur Geschichte des Bundes der Gerechten überliefert wurden.³² Politisch war Ilse ein Mann von gemäßigt konservativer Couleur, Anhänger der konstitutionellen Monarchie, der leidenschaftlich für die Hegemonie Preußens und einen preußischen Erbkaiser eintrat, die Demokratie bekämpfte, aber auch mit den Liberalen wenig im Sinn hatte. Seit Ende April erschien sein Plädoyer für Erfurt in mehreren Zeitungen.³³

Wie andere hielt auch Ilse Frankfurt zunächst wegen der aus der Grenzlage sich ergebenden äußeren Gefährdungen als künftige Reichshauptstadt für gänzlich ungeeignet. Doch ging er bei seiner Argumentation für Erfurt ins Grundsätzliche. Auch wegen der administrativen Kommunikation mit dem ganzen Lande müßten Parlaments- und Regierungssitz in der Mitte Deutschlands liegen. Und schließlich brauche die politische Zentrale unbedingt politische Unabhängigkeit, weswegen keine der einzelstaatlichen Hauptstädte, weder Berlin noch Wien oder München in Frage kämen. Aber auch Freie Städte, was gegen Frankfurt zielte, seien fragwürdig, da hier alles vom Geldmarkte abhinge. Erfurt sei indes der ideale Punkt für den "deutschen Bundesregierungssitz", vorausgesetzt, Preußen übergebe Festung und Stadt dem Reich, wovon sich Ilse fest überzeugt zeigte; die preußische Bezirksregierung könnte ja nach Mühlhausen gehen.

Im Mai wurde Erfurt selbst mobil. Honoratioren der Stadt, allen voran der rechtsliberal-konservativ gefärbte Stadtrat und Direktor der Thüringischen Eisenbahngesellschaft Karl Herrmann und der Demokrat Goswin Krackrügge, luden Ilse nach Erfurt ein, berieten sich mit ihm und gründeten in der letzten Maidekade einen "Verein zur Erstrebung der Verlegung des Sitzes der

31 Deutsche Allgemeine Zeitung (DAZ), 8. 4. 1848.

32 Dr. L. Fr. Ilse: Geschichte der politischen Untersuchungen, welche durch die neben der Bundesversammlung errichteten Commissionen, der Central-Untersuchungs-Commission zu Mainz und der Bundes-Central-Behörde zu Frankfurt in den Jahren 1819 bis 1827 und 1833 geführt sind, Frankfurt a. M. 1860.

33 Vgl. Magdeburgische Zeitung, 27. 4. 1848. - Der deutsche Stadt- und Landbote (Erfurt), 3. 5. 1848. - DAZ, 10. 5. 1848.

deutschen Nationalversammlung nach Erfurt".³⁴ Geworben wurden vor allem kapitalkräftige Leute. Man wollte Mittel für eine publizistische Kampagne zugunsten Erfurts zusammenbekommen. Etwa 100 Anhänger zählte die Mitgliederliste. Politisch-organisatorisch aktiv war jedoch nur ein Kern von etwa einem Dutzend Männern, die die gezielten Propaganda-Aktionen lenkten, und zwar ganz bewußt, wie es im Gründungsbeschuß hieß, "ohne öffentlich zu werden". Als Sprachrohr ließ man Ilse agieren, der zum öffentlichen Anwalt der Erfurter Ambitionen wurde.

Im Auftrag des Vereins und von ihm honoriert, verfaßte Ilse eine Reklame-Flugschrift für Erfurt als künftiger Reichshauptstadt, in der er seine schon in Zeitungsartikeln entwickelten Argumente für eine Verlegung der Verwaltungszentrale in die Mitte Deutschlands ausbaute.³⁵ Seine zentrale Forderung lautete: Ein deutscher Regierungssitz muß in Deutschlands Mitte liegen, denn von hier aus sind *erstens* alle Teile des Landes am besten zu erreichen; hier hat die Reichszentrale *zweitens* die größte militärische Sicherheit vor äußerer Invasion, ist aber auch vor inneren Unruhen besser zu schützen; *drittens* kann aus dieser geographischen Lage am besten das von Slawen bewohnte Territorium (also vor allem das tschechische Böhmen und die polnischen Landesteile) beherrscht und ins Reich integriert, deren gefürchtete politische Selbständigkeit verhindert werden. Erfurt erschien ihm dafür der ideale Ort zu sein, sofern Preußen es der Reichsgewalt überstellte.

Zugleich bemühte sich Ilse, auf Vereinskosten in Frankfurt und bald darauf auch in Berlin, bei der Nationalversammlung wie beim preußischen Gouvernement eine Lobby für Erfurt zu formieren, wobei ihm in Frankfurt der Erfurter Abgeordnete Gustav Graf von Keller und Mitglieder des Erfurter Verlegungsvereins, die wiederholt nach Frankfurt reisten, Schützenhilfe leisteten. Abgeordnete wie Regierungsmitglieder nachhaltig zu bearbeiten war Ziel und Absicht.

Inzwischen war es in der Öffentlichkeit recht lebhaft um den lukrativ erscheinenden Sitz von Nationalparlament und Reichsregierung geworden. Als Konkurrenten Erfurts traten neben *Regensburg*, das auf den in seinen Mauern von 1663-1806 tagenden "Immerwährenden Reichstag" verweisen konnte, *Augsburg*, *Würzburg*, *Nürnberg* und *Bamberg* hervor, die sämtlich inmitten bayerischen Territoriums lagen. Aber auch *Leipzig*, *Dresden* und *Prag* wurden genannt. Gegen Jahresende suchte sogar Erfurts kleiner Nachbar *Gotha*

34 Zu den Erfurter Aktivitäten, insbesondere zum Wirken des Vereins vgl.: Akten des Vereins für die Verlegung des deutschen Parlaments nach Erfurt. In: Stadtarchiv Erfurt (StAE), 4-1, X-9, und Acta des Magistrats zu Erfurt betreffend die beabsichtigte Verlegung des Sitzes des deutschen Reichsparlaments nach Erfurt (1848-1854). In: StAE, 1-1, Ie. Nr. 31. - Karl Herrmann: Geschichte der Familie Herrmann, Bd. 1. In: StAE, 5/801 H 32.

35 Vgl. Fr. Ilse: Über die Nothwendigkeit, den Sitz der Reichsgewalt in die Mitte Deutschlands zu verlegen, Bonn 1848.

der thüringischen Metropole Paroli zu bieten. Einige Städte warteten wie Erfurt mit eigenen Werbeschriften auf.

Im Juli 1848 hatte ein Rheinländer sein Herz für Leipzig als künftige deutsche Hauptstadt entdeckt und dies nicht nur mit dessen Mittellage und vorzüglichen Eisenbahnverbindungen begründet.³⁶ In Anschlag brachte er auch die seit 1813 offensichtliche "große vaterländische Bedeutsamkeit" Leipzigs und seine Rolle als geistiges Zentrum. Für die Verlegung des Reichstages nach Augsburg warb eine Münchener Schrift³⁷

Zur gleichen Zeit ließ sich *Wetzlar*, im alten Reich Sitz des Reichskammergerichtes auf einen Streit mit Nürnberg um den Sitz des Reichsgerichts ein.³⁸

Bamberg machte im Herbst in einer Werbeschrift seinen Anspruch auf den Parlaments- und Regierungssitz geltend, wobei es auf die während der Septemberkrise offenbar gewordene politische Unzuverlässigkeit Frankfurts anspielte, aber auch gegen Erfurt polemisierte.³⁹ Bamberg sei - anders als Erfurt - frei von jeder Militärherrschaft und biete statt einer Festung für die Sicherheit von Parlament und Regierung eine "gemessene Haltung der Bevölkerung", in der das Proletariat ganz schwach und die Fabrikarbeiter überhaupt nicht vertreten seien und darum auch "kein Boden zu Wühlereien vorhanden" wäre.

Gotha schließlich meldete sich Anfang 1849 zu Wort.⁴⁰ Vielen Liberalen mißfiel der Festungscharakter der thüringischen Hauptstadt, und nach den bewaffneten Auseinandersetzungen in Erfurt von Mitte November 1848 machte ihm überdies der Ruf eines Zentrums radikal-republikanischer Bestrebungen zu schaffen. Darum betonte man sogleich, daß Gotha keine Festung sei, wohl aber von Erfurt aus geschützt werden könne, und stellte das Städtchen als ein Kleinod der Kunst und Wissenschaft vor, das mit Schloß Friedenstein durchaus auch über ein repräsentatives Gebäude für das Parlament und das Reichsoberhaupt verfüge. Und sofern dies nicht ausreichen

36 Leipzig, der Sitz des deutschen Parlaments. Der hohen deutschen konstituierenden Nationalversammlung unterbreitet von einem Rheinländer, o.O.o.J.

37 F. von Bernhard, Von der Verlegung des Reichstages nach Augsburg und dem endlichen Ausweg des Zwischenreiches, München 1848. Leider konnte diese Schrift nicht ausfindig gemacht werden.

38 Nürnberg oder Wetzlar?, Gießen 1848. Am 31. 12. 1848 reichte der constitutionelle Verein der Stadt Wetzlar seine an die Frankfurter Nationalversammlung gerichtete Adresse, ob Nürnberg oder Wetzlar zum Sitz des deutschen Reichsgerichtes werden soll, auch bei der preußischen Regierung ein. Ministerpräsident Brandenburg gab die Eingabe in Umlauf. Die Regierung beschloß am 23. April 1849, sie schlicht unbeantwortet zu lassen. Vgl. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStAPK) Berlin Rep 90, Tit. 44, Nr. 36. Zum Bürgertum in Wetzlar vgl. Hans Werner Hahn, Altständisches Bürgertum zwischen Beharrung und Wandel: Wetzlar 1689 - 1870, München 1991.

39 Eignet sich die Stadt Bamberg zum Sitz der deutschen Reichsgewalt?, Bamberg 1848.

40 Ob Gotha zum Sitz der Reichsregierung geeignet sei?, Gotha 1849.

sollte für sämtliche Reichsbehörden, könnten ja - so meinte der Autor pffiffig - auch Erfurt und Eisenach, die nur wenig entfernt lägen, etwas abbekommen.

Eine Durchforschung der zahlreichen überregionalen, vor allem aber der lokalen Zeitungen mag gewiß noch weiteres Material zur 1848er Debatte um die Reichshauptstadtfrage zu Tage fördern, wenngleich Umfang und Gewicht der Hauptstadtdiskussion in der nach Aufhebung der Zensur außerordentlich debattierfreudigen Atmosphäre der Revolutionszeit nicht überschätzt werden dürfen. In den größeren politischen Blättern liberalen Zuschnitts erklomm die Hauptstadtfrage niemals den Rang von Leitartikeln. Es ist jedoch anzunehmen, daß auch Nürnberg, Würzburg und möglicherweise noch weitere Städte in diesen Monaten die Werbetrommel rührten und sich als Kandidaten für die neue Reichsmetropole anboten.

Die demokratische Presse hielt sich - soweit festgestellt werden konnte - aus dem Streit um den künftigen politisch-staatlichen Mittelpunkt eines einigen Deutschland weitgehend heraus. Angesichts der noch ungelösten politischen Machtfragen war dies den Demokraten offenbar höchst unwichtig. Deren auf dem ersten Demokratenkongreß in Frankfurt im Juni 1848 gewählter Zentralausschuß siedelte sich weder in Frankfurt noch in Erfurt an, sondern residierte interessanterweise zunächst in Berlin, wo Entscheidungskämpfe von nationaler Bedeutung stattgefunden hatten, eine Konstituante tagte, die sich mit einer realen konservativen Macht messen mußte und wo auch künftig entschieden würde, ob die Revolution oder die Konterrevolution das Rennen machten. Der Zentralausschuß wich nach dem Sieg der Konterrevolution in Berlin im Dezember 1848 ins anhaltische Köthen aus, wo noch relativ weite demokratische Spielräume existierten, und schließlich nach Leipzig.

Die deutsche Arbeiterbewegung, soweit sie sich in Gestalt der Arbeiterverbrüderung schon im nationalen Rahmen organisierte, erklärte Leipzig zum Sitz ihrer Zentrale. Eine Favorisierung sowohl Berlins als auch des mitteldeutschen Raums ist also nicht zu übersehen. Dagegen spricht weder der Gesellenkongreß im Sommer 1848 in Frankfurt noch die revolutionär-demokratische Schwerpunktbildung mit starkem proletarischem Einfluß in Rheinpreußen.

Den äußersten linken Flügel der deutschen Demokratie, der sich in Köln um die von Marx und Engels herausgegebene "Neue Rheinische Zeitung" formiert hatte, kümmerte die Hauptstadtfrage am allerwenigsten. Für die "Neue Rheinische" war dies kein Thema. Als Verfechter einer unitären deutschen Republik, die auf den Trümmern Preußens, der Habsburger Monarchie und der anderen deutschen Fürstenstaaten entstehen sollte, ließen Marx und Engels solche Fragen bewußt offen, getreu dem Grundsatz, daß sich dergleichen nicht dekretieren lasse, sondern analog der deutschen Einheit und Verfassung - "nur als Resultat aus einer Bewegung hervorgehen (kann), worin ebensowohl die inneren Konflikte als der Krieg mit dem Osten zur Ent-

scheidung treiben werden"⁴¹. Einer energischen "Zentralgewalt" redeten sie wohl das Wort; keine Äußerung findet sich jedoch darüber, wo sie ihren Sitz nehmen sollte. Das mußte die revolutionäre Bewegung erst richten. Daß Frankfurt ihnen nicht gerade als idealer politischer Zentralort Deutschlands erschien, eben weil es die Konflikte der modernen Gesellschaft noch nicht kannte und daher nicht wie Paris ein revolutionärer Vulkan war, durch den Parlament und Regierung unter Druck gesetzt werden konnten, haben sie allerdings deutlich zu erkennen gegeben.⁴² Unter diesem Aspekt konnte ihnen eher noch Berlin, wo wirkliche Mächte sich gegenüberstanden, sympathisch sein,⁴³ obwohl sie an dieser Stadt seit jeher genügend auszusetzen hatten.

Während den Sommer über die Hauptstadtfrage in der Öffentlichkeit ohne Zeitdruck debattiert werden konnte, rückten im Herbst aus verschiedenen Gründen Entscheidungen heran. In Frankfurt begann die Nationalversammlung den Verfassungsentwurf systematisch zu diskutieren. Die Septemberkrise, die Frankfurt eine revolutionäre Erhebung brachte, gab den Gegnern Frankfurts einigen Aufwind. Die Chancen für die anderen Bewerber schienen zu steigen. In Erfurt trat der Verlegungs-Verein nun erstmals an die Öffentlichkeit. Er wandte sich an den Magistrat mit der Empfehlung, in Berlin und Frankfurt offiziell die Bereitschaft der Stadt zur Aufnahme von Parlament und Reichsregierung zu erklären. Die Reaktion auf das Angebot war niederschmetternd. Das Reichsministerium in Frankfurt winkte mit der Begründung ab, es gebe keinen Handlungsbedarf, und aus Berlin kam erst gar keine Antwort.

Mit dem Sieg der Konterrevolution in Wien und Berlin im November 1848 fielen im Grunde bereits Vorentscheidungen über die territoriale Dimension eines vereinigten Deutschlands. Da eine Einbeziehung Österreichs immer unwahrscheinlicher wurde, Deutschlands Schwerpunkt demzufolge weiter nach Norden rückte und Preußens Hegemonie im Einigungsprozeß unab-

41 Programme der radikal-demokratischen Partei und der Linken zu Frankfurt. In: MEW, Bd. 5, S. 42.

42 Vgl. Ebenda, S. 40: "Frankfurt am Main ist nur ein idealer Mittelpunkt, wie er der bisherigen idealen, d.h. nur eingebildeten Einheit Deutschlands entsprach. Frankfurt am Main ist auch keine große Stadt mit einer großen revolutionären Bevölkerung, die hinter der Nationalversammlung steht, teils schützend, teils vorwärtstreibend. Zum ersten Mal in der Weltgeschichte residiert die konstituierende Versammlung einer großen Nation in einer kleinen Stadt. Die bisherige deutsche Entwicklung brachte dies mit sich. Während französische und englische Nationalversammlungen auf einem feuerspeienden Boden standen - Paris und London -, mußte die deutsche Nationalversammlung sich glücklich schätzen, einen neutralen Boden zu finden....., wo sie in aller behaglichen Stille des Gemüts über die beste Verfassung und die beste Tagesordnung nachdenken kann."

43 Vgl. Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland. In: MEW, Bd. 8, S. 47 f.

weisbarer denn je zu werden schien, schienen auch Erfurts Chancen gegenüber den südwestdeutschen Städten, aber auch gegenüber Frankfurt, zu steigen.

Im Dezember standen schließlich im Nationalparlament Entscheidungen in der Hauptstadtfrage an. Der Verfassungsausschuß setzte den Punkt "Sitz des Reichsoberhauptes" am 18. Dezember 1848 auf die Tagesordnung.⁴⁴ Die Diskussion wurde zu einem Kräftemessen zwischen Frankfurt und Erfurt, das durch Ilse stark für sich Stimmung gemacht hatte.

Dem Verfassungsausschuß waren von mehreren seiner Mitglieder sowie von zwei Fraktionsausschüssen Vorschläge zugegangen. Der von Soiron, Beseler, Dahmann und Droysen ausgearbeitete Entwurf der Vorkommission hatte sich in dieser Frage bereits im Sommer unmißverständlich festgelegt. "Der Sitz der Reichsregierung", so hieß es im § 2, "ist zu Frankfurt am Main". Dieser Vorschlag stieß im Verfassungsausschuß jedoch auf beträchtlichen Widerspruch. Das Gutachten des Jenaer Abgeordneten Gustav Christian Schüler und die Stellungnahme der Kommission der Casino-Fraktion schlossen sich zwar dem Entwurf der Kommission an, dagegen standen aber drei Voten für Erfurt: das Gutachten der linksliberalen Augsburg-Hof-Kommission und die Vorschläge von Heinrich Simon aus Breslau und F.E. Scheller aus Frankfurt/Oder, beide interessanterweise aus den östlichen Provinzen Preußens. Erfurt fand im Verfassungsausschuß nach Frankfurt die größte Befürwortung. Gustav Schreiner aus Graz plädierte - aus österreichischer Sicht - sowohl für Bamberg als auch für Regensburg. Die meisten Gutachten, so von Welcker, Max von Gagern, Gülich und Waitz, ließen die Frage des Regierungssitzes offen. Der Wiener Sommaruga suchte schließlich einen salomonischen Ausweg: Ein besonderes Reichsgesetz sollte später den Sitz der Reichsregierung bestimmen. Mit diesen Angeboten hatte sich der Verfassungsausschuß auseinanderzusetzen.

In der Diskussion am 18. Dezember sprachen Scheller und Beseler leidenschaftlich für Erfurt. Erfurt sei gegenüber dem zu nahe an der Westgrenze gelegenen Frankfurt der richtige Punkt, und Preußen werde die Festung gern dem Reich zur Verfügung stellen. Beseler scherte sich nicht um Preußens Gunst oder Mißgunst, sondern machte geltend, daß man von Erfurt aus Preußen am besten beherrschen könne, wie ja auch Napoleon Deutschland von diesem Ort aus im Griff hatte. Gegen Erfurt sprach Wigard aus Dresden, der es nicht sehr verlockend fand, unter den Kanonen einer Festung zu beraten. Tellkampf aus Breslau wollte einen möglichst kleinen Ort in der Mitte Deutschlands wie in den USA "das kleine Dorf Washington" erwählt wissen,

44 Zum folgenden vgl. Hübner: Aktenstücke und Aufzeichnungen zur Geschichte der Frankfurter Nationalversammlung, S. 315 ff., 721 ff. - Brunn: Die deutsche Einigungsbewegung, S. 20 f.

um "ohne Einfluß des Pöbels in Ruhe debattieren zu können". Und Ahrens aus Salzgitter brachte Österreichs wegen Dresden oder Leipzig in Vorschlag. Dahlmann, der unverkennbar Frankfurt retten wollte, wünschte, daß die Mainmetropole zunächst Regierungssitz bleiben sollte, ein späteres Reichsgesetz dies aber ändern könne. Sommaruga schließlich schlug wie schon in seiner eingebrachten Stellungnahme vor, die Entscheidung über den Regierungssitz dem künftigen Reichstag zu überlassen. Diese Variante fand schließlich allgemeine Zustimmung.

Die Diskussion des Verfassungsausschusses läßt deutlich erkennen, daß die tonangebenden Liberalen aus der Casino-Fraktion alles taten, um Frankfurt als Hauptstadt durchzusetzen. Doch stieß dies auf einen relativ starken Widerstand. Erfurt hatte als Alternative zwar die größten Chancen, fand aber ebensowenig eine Majorität. Daher schien es am günstigsten, die ganze Angelegenheit einfach zu verschieben, wodurch jeder seine Hoffnungen bewahren konnte. Das machte die Sache konsensfähig.

Zur ersten Lesung des Verfassungsentwurfs informierte Beseler als Ausschußberichterstatter am 15. Januar 1849 das Parlament über die Meinungsverschiedenheiten und empfahl die gefundene Lösung, die Bestimmung der Reichshauptstadt späterer Reichsgesetzgebung zu überlassen.⁴⁵ Diese Festlegung ging sowohl in der ersten wie in der im März erfolgenden zweiten Lesung ohne Widerspruch unverändert durch. In der Nationalversammlung selbst wurde die Frage des künftigen Regierungs- und Parlamentsssitzes überhaupt nicht erörtert. Niemand hielt dies für so wichtig, daß er den Vorschlag, dieses Problem vom späteren Reichstag lösen zu lassen, in Frage gestellt hätte.⁴⁶

Ungeachtet des Frankfurter Aufschubbeschlusses in der Hauptstadtfrage lief die Diskussion weiter. Vor allem Erfurt blieb weiter am Ball. Sein publizistischer Fürsprecher Ilse verlegte nun allerdings das Schwergewicht seiner Einflußnahme ganz nach Berlin, wohl wissend, daß ohne Preußen seit Jahresbeginn 1849 im deutschen Einigungsprozeß gar nichts mehr laufen würde. Er antichambrierte sowohl bei Manteuffel und Brandenburg in Berlin als auch bei Radowitz, der in Frankfurt die äußerste rechte Fraktion anführte. Bis zur Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. ging man in Erfurt immer noch davon aus, daß sich die preußischen Machtinteressen über die Frankfurter Schiene, also durch ein Bündnis der preußischen Regierung

45 Vgl. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, Bd. 6, Frankfurt am Main 1849, S. 4679.

46 Dieser Beschluß schlug sich dann auch im § 71 der Reichsverfassung vom 28. März 1849 nieder, wo es heißt: "Die Residenz des Kaisers ist am Sitze der Reichsregierung.... Die Bestimmungen über den Sitz der Reichsregierung bleiben einem Reichsgesetz vorbehalten." Vgl. Ernst Rudolf Huber (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1 (1805-1850), Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1978, S. 382.

mit den Frankfurter Liberalen verwirklichen ließen. Auf diesem Wege aber schien Erfurt als preußische Festung für Preußen ein attraktiveres Angebot zu sein als die Freie Stadt Frankfurt.⁴⁷ Stärker ins Spiel gebracht wurde nun erstmals auch die konfessionelle Frage. Für Erfurt, so meinte man, spreche, daß anders als bei den katholischen Städten Südwestdeutschlands beide Konfessionen zu etwa gleichen Teilen in seinen Mauern vertreten seien und man nur noch einen katholischen Bischofssitz einzurichten brauche.

Für die fernere Zukunft freilich wollte sich Ilse nun die Hände nicht mehr binden lassen. Wenn die nationale Zentralisation Deutschlands vollendet sei, wäre, schon wegen der deutschen Interessen auf den Weltmeeren, eine nochmalige Verlegung des Regierungssitzes nach Norden durchaus nicht auszuschließen, wobei nur Berlin als Reichshauptstadt in Frage komme. Die Anpassung an preußische Ambitionen ist unübersehbar. Eine Reichshauptstadt Erfurt erscheint nur noch als ein für die nationale Integration temporär unvermeidlicher Notnagel. Die Lösung von 1871 ist hier schon gedanklich antizipiert.

Seit April 1849 überschritten sich die zuendegehenden Frankfurter parlamentarisch-demokratischen Bemühungen zur Schaffung eines konstitutionell-monarchischen Deutschen Reiches mit einem preußischen Erbkaiser an der Spitze mit den nun beginnenden, von Joseph von Radowitz initiierten und vorangetriebenen Bestrebungen Preußens, unter seiner Hegemonie einen durch Übereinkunft mit den Fürsten aus der Taufe zu hebenden, aber durch Zustimmung eines Parlaments konstitutionell abgestützten deutschen Bundesstaat ohne Österreich zustande zu bringen. Ende April wurde klar, daß nur letzteres Konzept noch einige Chancen, auch für Erfurts Ansprüche, hatte. Am 28. April schrieb Ilse aus Frankfurt nach Erfurt: "Das Schicksal unseres Planes für Erfurt wird mit der Oktroyierung jetzt in Berlin entschieden. Hier ist nichts mehr zu tun. In Berlin wird man die künftige Reichshauptstadt oktroyieren."⁴⁸ Ohne Zögern stieg er auf die preußische Unionspolitik⁴⁹ um und versuchte über seine Kontakte zu Ministern und politisch führenden Köpfen in der preußischen Hauptstadt nun deren Interesse für Erfurt als Unions-Metropole zu wecken.

47 Vgl. L.F. Ilse: Das Interesse Preußens bei der Verlegung des Sitzes der Reichsgewalt nach Erfurt, Berlin 1849.

48 StAE, 4-1, X-9, Bl. 181.

49 Zur preußischen Unionspolitik vgl. F. Meinecke: Radowitz und die deutsche Revolution, Berlin 1913, S. 265 ff. - Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. II, Stuttgart 1960, S. 885 ff. - Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a.M. u.a. 1980, S. 99 ff. - Ernst Engelberg: Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer, Berlin 1985, S. 337 ff. - Konrad Canis: Joseph Maria von Radowitz. Konterrevolution und preußische Unionspolitik. In: Helmut Bleiber / Walter Schmidt / Rolf Weber (Hrsg.): Männer der Revolution von 1848, Berlin 1987, Bd. 2, S. 449 ff.

Im preußischen Gouvernement war man mit Erfurts Wünschen zwar wohlvertraut, aber keineswegs schon auf diese Stadt als künftige politische Unionszentrale festgelegt. Manteuffel stieß im Ministerrat zunächst auf Widerstand. Der erste Vorsitzende des Unions-Verwaltungsrats von Canitz sprach sich zwar gegen Gotha und Weimar aus, war aber auch nur wenig für Erfurt eingenommen. Gegen Erfurt intrigierte vor allem die rheinische Partei. Auch Berlin meldete schon Ansprüche als Sitzungsort für das Unionsparlament an.

In preußischen Regierungskreisen wollte man natürlich eine preußische Stadt als Unionszentrale. Erfurts Vorzug bestand gerade darin, daß die Stadt einerseits in preußischer Hand war und von einer Festung in Schach gehalten werden konnte. Andererseits aber hatte sie nichts Altpreußisches an sich und konnte daher eher der Gunst der Klein- und Mittelstaaten gewiß sein. Der Initiator und leitende Kopf der Unionspolitik von Radowitz kannte aus seiner Frankfurter Abgeordnetenzeit Erfurts Ambitionen und stand ihnen im ganzen wohlwollend gegenüber. Gleichwohl war die Hauptstadtfrage für die Union, konkret zunächst der Tagungsort des Unionsparlaments, auch in preußischen Regierungskreisen lange Zeit unentschieden. Die Berliner Konferenz von Ende Mai 1849, die zum Dreikönigsbündnis führte und die Unionspolitik offiziell auf den Weg brachte, enthielt noch keine Festlegung des späteren Sitzes der Bundesinstitutionen. Immerhin aber schlug sich das besondere Interesse an Erfurt in der Verlegung des Unionsschiedsgerichts in diese Stadt nieder. Und in internen Absprachen mit Hannover und Sachsen während der Konferenz war Erfurt auch schon als Sitz von Reichstag und Reichsregierung ins Auge gefaßt worden.⁵⁰

Eine Entscheidung über die Hauptstadtfrage wurde erst fällig, als die Einberufung einer gewählten "Reichsversammlung" akut wurde, die den am 28. Mai 1849 herausgegebenen Verfassungsentwurf beraten und ihm zustimmen sollte. Hannover und Sachsen zögerten einen entsprechenden Beschluß zunächst hinaus. Aber auch Preußen zeigte noch keine Eile. Erst als Preußen nach seiner Übereinkunft mit Österreich über die Bildung einer provisorischen Zentralgewalt die Gefahr eines Sympathie- und Vertrauensschwundes bei den der Union beigetretenen Kleinstaaten befürchtete und sich darum Anfang Oktober entschied, im Gegenzug wenigstens den Termin für Wahlen zum Unionsparlament festzusetzen, entstand Entscheidungsbedarf auch in der Hauptstadtfrage. Das preußische Staatsministerium einigte sich am 12. Oktober 1849 auf Erfurt.⁵¹

Als der neue Verwaltungsratsvorsitzende von Bodelschwingh den Vorschlag Erfurt am 19. Oktober in seinem Gremium einbrachte, stieß er hier jedoch auf

50 F. Meincke: Radowitz, S. 325.

51 Vgl. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStAPK) Berlin, Rep. 90a, III, 2b, Nr. 6, Bd. 58, Bl. 139 ff.

entschiedene Ablehnung. Fast alle Mitglieder des Verwaltungsrats erklärten sich gegen Erfurt.⁵² Stattdessen sollte eine rheinische Stadt die Ehre erhalten. Im Staatsministerium wurde daraufhin zwar festgelegt, nach wie vor noch auf Erfurt zu bestehen, als Ausweichvariante aber eventuell Halle anzubieten. Das Rheinland kam - nach den Erfahrungen von 1848/49 - auf keinen Fall in Frage. Die Rheinprovinz, seit 1815 zwar preußisch und bereits fest in den Staatsverband eingegliedert, galt der preußischen Regierung als unberechenbarer revolutionärer Unruheherd, dem man weder den Parlaments- noch den Regierungssitz eines preußisch-kleindeutschen Reiches anvertrauen wollte. Der Verwaltungsrat beugte sich schließlich am 17. November dem sichtlich starken preußischen Druck. Im geglätteten offiziellen Protokoll hieß es vielsagend, daß man "in Erwägung daß.... über den für das Zusammentreten der nächsten Reichsversammlung zu wählenden Ort unter den sämtlichen anwesenden Vertretern der verbündeten Regierungen schließlich ein Dissens nicht mehr obwaltet", Erfurt als Parlamentssitz beschließe.⁵³

Im Januar 1850 fanden die Wahlen zum Unionsparlament statt, das vom 20. März bis 29. April nach dem Willen Friedrich Wilhelms IV. im Erfurter Augustiner-Kloster tagte, in dem Luther zwischen 1505 und 1511 mit Unterbrechungen gelebt hatte. Es debattierte und revidierte auf preußischen Wunsch den von Radowitz vorgelegten Verfassungsentwurf einer deutschen Union und gab ihm seine Zustimmung.⁵⁴ Historische Wirkungen gingen von diesem Parlament freilich nicht aus. Preußen zog sich von seinen eigenen Plänen mehr und mehr zurück, ließ den Inspirator der Unionspolitik von Radowitz fallen und kapitulierte unter kombiniertem österreichisch-russischen Druck im November 1850 in Olmütz. Damit aber war für zwei Jahrzehnte auch das Hauptstadtproblem eines deutschen Nationalstaates wieder vom Tisch. Mit der Restauration des Deutschen Bundes 1851 kam Frankfurt als Bundestags-Sitz wieder zu seinem Recht, wurde dann aber - wie zur

52 Vgl. Protokollarische Verhandlungen des Verwaltungsrathes der auf Grund des Vertrages vom 26. Mai 1849 verbündeten Deutschen Regierungen, Bd. 3, Berlin 1849, S. 98 f. - GSTAPK Berlin, Rep. 90, B III, 2b, Nr. 6, Bd. 58, Bl. 164 ff., 169 f.

53 Protokollarische Verhandlungen, Bd. 3, S. 182.

54 Vgl. Gustav Brünnert: Das Erfurter Unions-Parlament im Jahre 1850, Erfurt 1913. - Karl Binding: Der deutsche Bundesstaat auf dem Erfurter Parlament von 1850. In: Karl Binding: Zum Werden und Leben der Staaten, Berlin 1920, S. 57 ff. - Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 2, S. 894 ff. - Manfred Botzenhardt: Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848 - 1850, Düsseldorf 1977, S. 767 ff. - Walter Schmidt: Erfurt und das deutsche Unionsparlament von 1850. In: Ulman Weiß (Hrsg.): Erfurt 742 - 1992. Stadtgeschichte - Universitätsgeschichte, Weimar 1992, S. 525 ff. - Jochen Lengemann: Die thüringischen Mitglieder des Erfurter Unionsparlaments. In: Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte, Bd. 47, 1993, S. 99 ff.

Strafe - im Zuge der Revolution von oben nach 1866 von Preußen annektiert und einverleibt.⁵⁵

*

Die weitere geschichtliche Entwicklung der deutschen Hauptstadtfrage ist ein eigenes Thema und kann hier nur im Ausklang gestreift werden. Schon 1848/49 hatte sich gezeigt, daß auch Hauptstadtfragen Machtfragen sind. Ein Sieg der Achtundvierziger Revolution hätte sicherlich keine Berliner Lösung gebracht. Frankfurt oder Erfurt - eventuell sogar durch Splitting der Funktionen beide - hätten möglicherweise das Rennen gemacht. Auch bei einer erfolgreichen kleindeutschen Lösung am Ausgang der Revolution wäre angesichts der starken unmittelbaren Wirkungen dieser Revolution und der trotz aller liberalen Befürwortung der preußischen Hegemonie doch gleichzeitigen Befürchtungen vor einer Allmacht Preußens im geeinten Deutschland Berlin nicht ohne weiteres und sofort als politisch-administrativer Zentralpunkt eines deutschen Nationalstaats durchsetzbar gewesen. Wie sehr die preußische Regierung im Interesse der nationalen Integration auf diese Bewußtseinslage Rücksicht nehmen mußte, zeigt die von ihr initiierte Unionspolitik von 1850. Man bestand zwar darauf, eine preußische Stadt zum politischen Unionsmittelpunkt zu machen, konnte aber nur mit Mühe und Not die halbherzige Zustimmung der Klein- und Mittelstaaten für das von Preußen favorisierte Erfurt erreichen.

In den sechziger Jahren bestand eine grundlegend andere machtpolitische Situation. Die unter Preußens Hegemonie vollzogene Revolution von oben brachte die Entscheidung für Berlin, machte die schon als preußisches Verwaltungs- und Regierungszentrum funktionstüchtige Stadt zur deutschen Hauptstadt. Eine Alternative zu Berlin gab es angesichts des perfekten Sieges über Österreich und der Dominanz Preußens im Einigungsprozeß im Grunde kaum noch. Die Kräfte, eine Preußen nicht genehme Lösung durchzusetzen, waren zu schwach. National-revolutionär determinierter Widerstand bildete anders als 1848/49 keine hinreichende Gegenmacht mehr, um Berlin in Frage zu stellen. Im Gegenteil war der norddeutsche Part der deutschen Demokratie in den sechziger Jahren mehr oder weniger sogar auf Preußen eingeschwenkt. Und angesichts der neuen Kräftekonstellation war Rücksichtnahme auf klein- und mittelstaatliche Empfindlichkeiten - wie noch 1848/49 - weitgehend unnötig geworden. Der amerikanische Historiker Gerhard Masur trifft schon den Kern der Sache: "Berlin wurde Hauptstadt von Deutschland, weil es die Hauptstadt von Preußen war und Preußen dem übrigen Deutschland seinen Willen aufzwang."⁵⁶

55 Vgl. Kropat: Frankfurt zwischen Provinzialismus und Nationalismus. Die Eingliederung der "Freien Stadt" in den preußischen Staat (1866 - 1871), Frankfurt a. M. 1971.

56 G. Masur: Das kaiserliche Deutschland, Berlin 1971, S. 16.

Die Vorentscheidung fiel bereits 1866/67, als der Norddeutsche Bund den Sitz seiner Behörden und des Reichstags festlegen mußte.⁵⁷ In Kreisen des preußischen Hofes gab es gleichwohl immer noch Überlegungen, die nicht auf Berlin zielten, sondern anderen deutschen Städten den Vorrang gaben. Königin Augusta wollte den Parlamentssitz des neuen Bundes, um den Süden zu gewinnen, so nahe wie möglich an die Mainlinie heran legen und schlug Kassel vor. Der liberalen Ideen zuneigende Kronprinz und Bismarckgegner Friedrich war sogar strikt gegen Berlin und brachte Frankfurt, Erfurt oder Hamburg in Vorschlag. Eine Chance hatten diese Vorstellungen allesamt nicht. Selbst das durch und durch preußische Potsdam, für das die Stadtvertretung bei Hofe interveniert hatte und das der König zunächst sogar favorisierte, kam nicht zum Zuge.

Bismarck hatte von vornherein auf Berlin gesetzt und begründete seine Entscheidung in einem Promemoria vom 4. September 1866 mit preußischem Machtinteresse.⁵⁸ Berlin müsse zum Zentrum des nationalen Lebens werden, weil nur so Preußen der die Entwicklung beherrschende Kern bleibe und über den Mittelpunkt seines eigenen Lebens auf das zu assimilierende Deutschland einwirken könne. Und sein Wort galt. Selbst für das Zollparlament, das Bayern gern in einer anderen deutschen Stadt tagen lassen wollte, hat Bismarck nur noch Berlin als Tagungsort akzeptiert.⁵⁹ Endgültig festlegen wollte er sich in der Hauptstadtsache allerdings - und zwar aus Furcht vor dem ihm unberechenbar erscheinenden Druck der großstädtischen Massen - noch nicht. Doch die "normative Kraft des Faktischen" setzte sich durch. Und dazu gehörten nicht nur die nun realisierbaren preußischen Machtambitionen, sondern auch andere historisch gewachsene Realitäten. Berlin war im 19. Jh. zu einem ökonomischen, sozialen, politischen und geistig-kulturellen Zentrum Deutschlands geworden, das Hauptstadtfunktionen wahrzunehmen fähig war und in wachsendem Maße auch als nationaler Integrationsfaktor zu wirken vermochte.

Akzeptiert wurde Berlin deshalb allerdings mitnichten schon in allen Teilen Deutschlands. Eine vornehmlich antipreußisch determinierte Abneigung war und blieb lange weit verbreitet.⁶⁰ Berlin-Phobie hatte und hat vielfältige

57 Zum folgenden vgl. Kaiser Friedrichs III. Tagebücher von 1848-1866. Mit einer Einleitung von Heinrich Otto Meisner, Leipzig 1929, S. 457 f. - Ulrich v. Stosch (Hrsg.): Denkwürdigkeiten des Generals und Admirals Albrecht von Stosch, ersten Chefs der Admiralität, Briefe und Tagebuchblätter. Stuttgart und Leipzig 1904, S. 105 f.

58 Otto Becker: Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung, hrsg. und ergänzt von Alexander Scharff, Heidelberg 1958, S. 185, 859.

59 Vgl. Walter Schübelin: Das Zollparlament und die Politik von Baden, Bayern und Württemberg 1866 - 1870, Berlin 1935, S. 27.

60 Vgl. dazu Brunn: Die deutsche Einigungsbewegung, S. 27 ff. Er nennt drei Komplexe einer Berlin-Aversion: den Polyzentrismus bzw. Partikularismus, das aus dem Nord-Süd-Gegensatz

Wurzeln; und sie besitzt eine bei der historisch verfestigten deutschen Vielstaatlichkeit verständlich starke Tradition. Sie mag aber auch damit zusammenhängen, daß die Entwicklung Berlins zur und als Hauptstadt stark machtorientiert, vor allem an die politischen Funktionen gebunden war.⁶¹ Distanz bis hin zu Abneigung waren aus unterschiedlichen Gründen, vor allem aber wegen der Bevorzugung Berlins, auch in der DDR lebendig; und sie sind heute, wo ganz Süd- und Westdeutschland sich wieder und neu der Hauptstadtfrage stellen müssen, nicht zu übersehen. Vor allem in der Zeit der Weimarer Republik, als Berlin auch in Wissenschaft und Kultur zum anerkannten Anziehungspunkt wurde,⁶² scheint sich Deutschland in allen seinen Teilen mit Berlin als seiner Hauptstadt versöhnt zu haben.

Der faschistische Raubkrieg von 1939-1945, der in Berlin geplant und geleitet wurde,⁶³ riß (offenbar nicht nur im Ausland) alte Wunden wieder auf.⁶⁴ Einerseits trat erneut Unbehagen, ja Aversion hervor. 1875 hatte sie der Franzose Victor Tissot als Ausländer so artikuliert: "Früher, vor unserer Niederlage, lernte man bei den alten ehrwürdigen Universitätsprofessoren: Qui non vidit Coloniam non vidit Germaniam - Wer Köln nicht gesehen hat, hat Deutschland nicht gesehen. Heute hat sich dieses Sprichwort gewandelt, und man kann sagen: Wer Berlin nicht kennt, kennt Deutschland nicht. Berlin hat sich zum Kopf und zum Herz Deutschlands gemacht: es ist Berlin, das denkt, begrift, überlegt, anzettelt, kommandiert, führt, das nimmt und gibt, das Recht und Ruhm verteilt; hierhin strömt das Leben und die Wärme jenes Deutschland, das nicht mehr das der unschuldigen Legenden ist, der rühren-

erwachsene Antipreußentum und die allgemeine Großstadtfeindlichkeit. - Ders.: Zum Bild Berlins im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. In: Gerhard Brunn und Jürgen Reulecke (Hrsg.): Berlin ... Blicke auf die deutsche Metropole, Essen 1989, S. 1 ff. - Mythos Berlin. Zur Wahrnehmungsgeschichte einer industriellen Metropole, Berlin 1987.

61 Auf den die Hauptstadtentwicklung Berlins nicht gerade positiv prägenden machtpolitischen Aspekt macht nachdrücklich aufmerksam Lothar Gall: Berlin als Zentrum des deutschen Nationalstaats. In: Ribbe / Schmädcke: Berlin im Europa der Neuzeit, S. 229 ff.

62 Vgl. Hubert Iaitko u.a.: Wissenschaft in Berlin. Von den Anfängen bis zum Neubeginn nach 1945, Berlin 1987, S. 396 ff. - Klaus Kändler / Helga Karolewski / Ilse Siebert (Hrsg.): Berliner Begegnungen. Ausländische Künstler in Berlin 1918 bis 1933, Berlin 1987. - Alexander Meschkowski: Von Humboldt bis Einstein. Berlin als Weltzentrum der exakten Wissenschaften, München 1989.

63 Dazu: Peter Steinbach: Berlin unter dem Nationalsozialismus; Marie-Luise Recker: Berlin in den Plänen Hitlers als Zentrum des neuen nationalsozialistischen Großreichs; Jürgen Schmädcke: Berlin als Zentrum der Vorbereitung auf Hitlers "Lebensraum-Krieg"; Johannes Tuchel: Berlin als Zentrum des nationalsozialistischen Verfolgungsapparats; Wilhelm Ernst Winterhager: Berlin als Zentrum des deutschen Widerstands 1933 - 1945. In: Ribbe / Schmädcke: Berlin im Europa der Neuzeit, S. 315 ff. Vgl. auch Olaf Groehler: Berlin als Opfer der Kriegspolitik des deutschen Imperialismus. In: ZfG, 35, 1987, H. 6, S. 521 ff.

64 Zur Haltung der deutschen Bevölkerung zu Berlin am Ende des zweiten Weltkriegs vgl. Otto Dann: Die Hauptstadtfrage in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg. In: Schieder / Brunn: Hauptstädte, S. 35 ff.

den Balladen, der gotischen Träume, der heiligen Kathedralen, sondern das Deutschland von Blut und Eisen, das Deutschland der Kanonen, der Kartätschen und der Schlachten.⁶⁵

Andererseits rückte Berlin in der Ost-West-Systemauseinandersetzung so ins politische Blickfeld der deutschen und internationalen Öffentlichkeit, daß von Berlin-Aversion bald kaum noch etwas zu spüren war, sondern der Stadt namentlich im Westen besonderes Interesse und viel Sympathie entgegengebracht wurde.⁶⁶ Die im kalten Krieg der vierziger Jahre vollzogene Spaltung Deutschlands und die sich für vier Jahrzehnte durchsetzende deutsche Zweistaatlichkeit wies Berlin - im Gefolge der Entscheidungen von Jalta und Potsdam, wo Berlin selbstverständlich als deutsche Kapitale angenommen worden war - eine Doppelrolle zu.⁶⁷ Die ehemalige Reichshauptstadt wurde seit 1948 selbst eine ökonomisch, sozial, politisch und kulturell gespaltene Stadt. Der Mauerbau von 1961 vollendete und vertiefte diese innere Zerrissenheit. Der Ostteil war 1949 als Hauptstadt der DDR proklamiert worden (obwohl es, wie man sagt, unmittelbar vor dem Mauerbau von 1961 auch Überlegungen gegeben haben soll, diese nach Leipzig zu verlegen, was eine vom politischen Prestige her wohl kaum verkraftbare Aufgabe Berlins bedeutet hätte). Die Westbezirke wurden dank der Macht der drei westlichen Alliierten, die dem Druck der sowjetischen Blockade von 1948/49 standhielten und für die eine Preisgabe Berlins ebenfalls aus politischem Prestige wie aus machtpolitischen Gründen ausgeschlossen war, sowie mit Hilfe enormer Leistungen der Bundesrepublik in deren kapitalistisches Wirtschafts- und Sozialsystem integriert und zum "Vorposten" und "Schaufenster" des Westens inmitten der DDR ausgebaut. Als solches gewann Berlin im Westen Deutschlands wie im westlichen Ausland fraglos eine ganz herausgehobene Stellung. "Berliner" wollte in dieser Zeit nicht nur John F. Kennedy sein. Und natürlich hielt man in den Gefechten des kalten Krieges im Westen lautstark an Berlin als dem nationalen Zentrum des angestrebten vereinigten Deutschland fest.⁶⁸

65 V. Tissot: *Les Prussiens en Allemagne. Suite du voyage au pays des milliards*, Paris 1875, S. 162 f. - Deutsch in: Ruth Glatzer (Hrsg.): *Berliner Leben. Erinnerungen und Berichte*, Berlin 1963, S. 24.

66 Vgl. Brunn: *Die deutsche Einigungsbewegung*, S. 33. Er sieht sogar Berlins Tragik darin, daß "es recht eigentlich erst im Herzen des deutschen Volkes verankert wurde, als es seine Hauptstadtfunktionen zumindest de facto durch die Umstände der Nachkriegsentwicklung verloren hatte."

67 Zur Hauptstadtfrage nach 1945 vgl. Dann: *Die Hauptstadtfrage*, S. 35 ff. - Reiner Pommerin: *Von Berlin nach Bonn. Die Alliierten, die Deutschen und die Hauptstadtfrage nach 1945*, Köln / Wien 1989. - Vgl. auch Günter Benser: *Berlin und die historische Chance des Jahres 1945*. In: *ZfG*, 35, 1987, H. 7, S. 581 ff.

68 Zu den Wandlungen im Verhalten der politischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik gegenüber Berlin vgl. Dann: *Die Hauptstadtfrage*, S. 53 ff. - Dieter Schröder: *Berlin (West) im westlichen Bezugssystem. Westmächte, Bundesrepublik Deutschland und westliches Bündnis*. In: Ribbe / Schmädeke: *Berlin im Europa der Neuzeit*, S. 461 ff. - Georg Kotowski: *Geschichte*

1957 beschloß der Bundestag nach einer großen Hauptstadtdebatte mit nur vier Gegenstimmen, daß Berlin die Hauptstadt Deutschlands ist und mit dem Bau eines Parlamentsgebäudes in Berlin zu beginnen sei.⁶⁹ Ebenso nachdrücklich berief man sich im Osten auf die im 19. Jh. gewachsene und im Deutschen Reich seit 1871 ausgereifte Hauptstadttradition Berlins.⁷⁰

Das wurde nach 1989 alles anders. Die Nation spaltete sich nun - zumindest im Parlament - in nahezu zwei gleich große Hälften; nicht so sehr an der Hauptstadtfrage generell, als vielmehr an deren substantiellen Kern, der Frage von Parlaments- und Regierungssitz. Die grundlegend veränderte Situation in der deutschen Hauptstadtproblematik brachte einen bemerkenswerten Aufschwung der historischen Hauptstadt-Literatur und -Kontroverse mit sich, in der sich interessanterweise die Berlin-Kritik wieder deutlich belebte.⁷¹

Daß Adenauer, der von den vierziger bis in die frühen sechziger Jahre die Geschicke des westdeutschen Staates maßgeblich beeinflußt hatte, eine tiefe, sowohl antipreußisch als auch antirevolutionär motivierte Abneigung gegen Berlin hatte, war ein offenes Geheimnis. Schon sehr früh war bei den Überlegungen für eine Hauptstadt des von den Westmächten angestrebten westdeutschen Teilstaats die Entscheidung gegen Berlin und für eine westdeut-

Berlins seit dem zweiten Weltkrieg. In: Gerd Langguth (Hrsg.): Berlin: Vom Brennpunkt der Teilung zur Brücke der Einheit, Bonn 1990, S.48 ff.

69 Vgl. Willy Brandt / O. Uhlitz / Horst Korber (Hrsg.): Von Bonn nach Berlin. Eine Dokumentation zur Hauptstadtfrage, Berlin 1957, S. 66 ff. - Pommerin: Von Berlin nach Bonn, S. 196 ff.

70 Vgl. Gerhard Keiderling / Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR, Berlin 1970. - Gerhard Keiderling: Berlin 1945-1986. Geschichte der Hauptstadt der DDR, Berlin 1987. - Ders.: Die Entwicklung Berlins zur Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik. In: ZfG, 35, 1987, H. 6, S. 526. Wurde die Hauptstadtfrage in der DDR-Historiographie generell kaum untersucht, so fehlten differenzierte historische Erörterungen zur DDR-Hauptstadtproblematik gänzlich. Die Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik befaßte sich wiederholt damit, zuletzt Alexander Fischer: Berlin (Ost) im östlichen Bezugssystem: Sowjetische Besatzungsmacht, Hauptstadt der DDR und "Sozialistische Staatengemeinschaft". In: Ribbe / Schmädcke: Berlin im Europa der Neuzeit, S. 469 ff. - Dann: Die Hauptstadtfrage, S. 47 ff. - Manfred Regin: Ost-Berlin als DDR-Hauptstadt. In: Langguth: Berlin, S. 70 ff.

71 Gerhard Brunn und Jürgen Reulecke (Hrsg.): Berlin ... Blicke auf die deutsche Metropole, Essen 1989. - Gerhard Brunn: Hauptstadt Berlin - Hauptstadt Bonn? In: Jürgen Reulecke (Hrsg.): Stadtgeschichte als Zivilisationsgeschichte. Beiträge zum Wandel städtischer Wirtschafts-, Lebens- und Wahrnehmungsweisen, Essen 1990, S. 77 ff. - Helmut Herles (Hrsg.): Die Hauptstadt-Debatte. Der stenographische Bericht des Bundestages, Bonn / Berlin 1991. - Thomas Schmidt: Berlin: Der Kapitale Irrtum. Argumente für ein föderalistisches Deutschland, Frankfurt/M 1991. - Klaus von Beyme: Hauptstadtsuche. Hauptstadtfunktionen im Interessenkonflikt zwischen Bonn und Berlin, Frankfurt/M 1991. - Detlef Briesen: Berlin - die überschätzte Metropole. Über das System der deutschen Hauptstädte von 1850 bis 1940, Bonn / Berlin 1992. - Gerhard Brunn und Jürgen Reulecke (Hrsg.): Metropolis Berlin. Berlin als deutsche Hauptstadt im Vergleich europäischer Hauptstädte 1871 - 1939, Bonn / Berlin 1992.

sche Stadt gefallen. Frankfurt am Main hatte ein Jahrhundert nach der Achtundvierziger Revolution nochmals eine große Chance, Hauptstadt, zwar nicht eines deutschen Einheitsstaats, wohl aber des einen deutschen Teilstaats zu werden. Verschiedene Umstände, nicht zuletzt wohl aber auch eine weit verbreitete Distanz gegenüber modernen Großstädten führten dazu, daß die Mainmetropole im Wettstreit mit Bonn unterlag.⁷² Der im September 1948 gewählte Tagungsort des Parlamentarischen Rates, das kleine, idyllische Bonn am Rhein, wurde zunächst am 10. Mai 1949 im Parlamentarischen Rat und dann am 3. November 1949 im Bundestag - beide Male mit Stimmenmehrheit gegen das von der SPD favorisierte Frankfurt - zum Parlaments- und Regierungssitz erklärt, nicht zuletzt mit dem damals zugkräftigen Argument, es handle sich ja ohnehin nur um ein kurzfristiges Provisorium.

Doch vier Jahrzehnte Provisorium haben neue Realitäten geschaffen und starke, von einer recht mächtigen und sozial privilegierten Ministerial-Beamtenschaft wie von nordrhein-westfälischen (aber wohl auch anderen west- und südwestdeutschen) Landes-Egoismen getragene Interessen hervorgebracht sowie eine entsprechende Lobby formiert, die Bonn unbedingt als nun gesamtdeutschen Parlaments- und Regierungssitz und damit als die eigentliche politische Schaltzentrale zu halten suchten und noch suchen. Offiziell ist seit dem Bundestagsbeschluß vom 20. Juni 1991, nicht zuletzt dank der Stimmen ostdeutscher Linker, eigentlich alles klar und Berlin wieder in seine Funktion als Regierungs- und Parlamentsitz eingesetzt; den Hauptstadtnamen ohne seinen substantiellen Kern hatte man der im Brandenburgischen gelegenen Stadt ohnehin nie streitig machen wollen.⁷³ Was denn nun aber wirklich und wann geschehen wird, scheint trotz Regierungsbeschlüssen für Berlin noch immer nicht recht klar zu sein. Die Bonn-Lobby hoffte jedenfalls lange noch auf eine Änderung des Berlin-Beschlusses von 1991 und setzte dabei - wie wiederholt zu lesen war⁷⁴ - letztendlich freilich

72 Vgl. Dann: Die Hauptstadtfrage, S. 50 ff. - Edith Ennen: Bonn als kurkölnische Haupt- und Residenzstadt und als Bundeshauptstadt. In: Wendehorst / Schneider: Hauptstädte, S. 100 ff. - Pommerin: Von Berlin nach Bonn, S. 54 ff. - Publizistisch angelegt Klaus Dreher: Ein Kampf um Bonn, München 1979.

73 Zur Metropolen-Problematik vgl. Alfred Zimm: Berlin als Metropole - Anspruch und Wirklichkeit. Vortrag auf der Sitzung der Leibniz-Sozietät e.V. i.G. am 27. 5. 1993. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 35, 1993, H. 3, S. 3 ff. S.a. Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 6(1995)6 S. 33 ff., im Anschluß an diesen Beitrag.

74 Vgl. Initiative "Ja zu Bonn": Umzug nach Berlin kann gestoppt werden. In: Neues Deutschland, 21. 12.1992. - Vom eigentlichen Provisorium zur Perfektion. Als hätte es einen Berlinbeschluß nie gegeben, wird auf eine Milliarde Mark teuren Bonner Baustellen im Akkord gearbeitet. In: Berliner Zeitung, 31.12.1992. - Ein kapitaler Selbstbetrug. In: Der Spiegel, 1993, II, 5, S. 44 ff. - Peter Prager: Der Aufschwung Ost findet am Rhein statt. In: Berliner Zeitung, 18. 6. 1993, S. 3. - Wolfgang Rex: Hoffnungen für den Osten blieben Illusion. In: Neues Deutschland, 15. 7. 1993. - Franz Sommerfeld: Umzug erst im Jahre 2002. In: Berliner Zeitung, 1. 10. 1993.

ohne Erfolg auf den 1994 neu gewählten Bundestag. Hinzu kommt, daß eine beträchtliche Zahl von Ministerien ohnehin in Bonn verbleiben, also ein - nach meiner Kenntnis einmaliges - lokales Splitting der Regierung programmiert ist, das trotz moderner Kommunikations- und schneller Verkehrsmittel ganz ohne Probleme nicht sein dürfte. Angesichts des ausgeprägten Bonner Besitzstands-Denkens wird sich daran nichts mehr ändern.

Ob es allerdings - um am Ende nochmals zum eigentlichen Thema zurückzukehren - den Befürwortern Bonns heute leichter fallen würde, sich für das nun wahrlich im Zentrum des heutigen Deutschland gelegene Erfurt - wäre es 1848/49 zur deutschen Reichshauptstadt geworden - zu entscheiden, statt für das so weit östliche Berlin, vermag natürlich niemand schlüssig zu beantworten. Angesichts des ausgeprägten Bonner Besitzstands-Denkens wird man es aber wohl eher bezweifeln müssen.